

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 1

Rubrik: Kritik und Replik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kritik und Replik

«AUFSTAND DES FANATISMUS», EINE ENTGEGNUNG

Gustav Dänikers Aufruf gegen die Umweltschutz-Fanatiker (Schweizer Monatshefte, Februar-Nr. 1975, S. 786), «die alles verbieten oder einschränken wollen: die Jagd, den Luftverkehr, die Autostrassen, und die sich wenden gegen die Wasserentnahme aus unseren Seen, gegen Atomkraftwerke, gegen die Banken, gegen die Wirtschaft schlechthin», mag für Aussenstehende in dieser allgemein gegebenen Formulierung vielleicht überzeugend klingen. Die Sache sieht aber anders aus, wenn man die den Umweltschutzfanatikern zur Last gelegten Sünden anhand konkreter Beispiele unter die Lupe nimmt. Zunächst besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen «verbieten» und «einschränken». Verbieten will eine Gruppe von direkt betroffenen AKW-Gegnern, zum Beispiel die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst», alle auf *Atomspaltung* beruhenden Atomkraftwerke (AKW), und zwar solange, bis die Gefährdung der Umwelt durch die von den Reaktoren und insbesondere von den irgendwo abgelagerten ausgebrannten Uranbrennelementen herrührende radioaktive Strahlung einwandfrei ausgeschlossen werden kann. Da zurzeit eine auf Jahrhunderte hinaus sichere Aufbewahrung langlebiger Uranspaltprodukte an keinem Ort der Schweiz gewährleistet werden kann, und da der bisher übliche Abtransport dieser Fragmente ins Ausland nur noch befristet möglich sein wird, so darf, vor allem aus der Verantwortung der nachfolgenden Genera-

tionen gegenüber, das Verlangen nach einem derartigen Verbot sicher nicht als fanatisch bezeichnet werden.

Bereits verboten hat der Kanton Genf und völlig verbieten möchte der Kanton Basel-Stadt die Jagd auf ihren Gebieten. Über die Zweckmässigkeit eines solchen Verbots im Falle von Basel-Stadt, dessen ganzes jagdbares Gebiet im Erholungspark der Langen Erlen liegt, braucht kein weiteres Wort verloren zu werden. Und wenn die Bevölkerung des Kantons Genf, der über ein merklich grösseres Jagdgebiet verfügt, mehrheitlich einem völligen Jagdverbot zugestimmt hat, so ist das deren – in unseren Augen durchaus begrüssenswerte – Sache, die mit Erhaltung der naturgegebenen Verhältnisse viel, mit Umweltschutzfanatismus aber nichts zu tun hat.

Bei den übrigen von Dr. Däniker als fanatisch angekreideten Begehren handelt es sich ausschliesslich um solche der *Einschränkung*. Dass die Anwohner der Flughafengebiete von Zürich, Genf und Basel-Mülhausen den Luftverkehr, namentlich während der Nachtstunden, einschränken und die Lärmimmissionen durch zunehmend verbesserte technische Massnahmen maximal herabsetzen wollen, bedarf keiner weiteren Rechtfertigung. Und wenn die Berner die Errichtung eines weiteren, für die kleine Schweiz sicher nicht erforderlichen Flughafens im Belpmoos in statu nascendi haben verhindern können, so wird das von allen,

die keine Flugfanatiker sind, lebhaft begrüsst werden.

Die Einschränkung des vor etwa 15 Jahren überspitzt geplanten Baus weiterer Autobahnen ist heute, aufgrund der gemachten Erfahrungen, ein ganz grosses Anliegen nicht nur der Leute, die in der Nähe einer geplanten oder, was schlimmer ist, einer bereits im Bau begriffenen Autostrasse leben müssen – ich denke in Mitgefühl an die Bewohner der Nordwestufer des Bieler- und Neuenburgersees –, sondern auch aller derjenigen, die jede nicht wirklich gerechtfertigte Verbetonisierung unserer mehr und mehr zusammenschrumpfenden Landschaft durch Autobahnen und durch künstliche Betonbausiedlungen wie Einkaufszentren ablehnen. Es darf als ein Glücksfall bezeichnet werden, dass heute dieser Baufanatismus durch drei Faktoren zunehmend abgebremst wird: durch die Krise im Baugewerbe, durch das Aufsehen erregende und neuerdings vom Bund Schweizer Architekten eindringlich empfohlene Buch «Bauen als Umweltzerstörung» von Rolf Keller und – last but not least – durch den Umweltschutzfanatiker (hier ist das Wort «Fanatiker» als Ehrentitel wirklich am Platz!) Franz Weber, der seine Lebensaufgabe in den Dienst des militanten Umweltschutzes gestellt hat.

Was die «Wasserentnahme aus unseren Seen» betrifft, so kann damit nur der vom baden-württembergischen Landesministerium in Stuttgart geplante Bodensee-Neckar-Stollen gemeint sein. Mit diesem Riesenprojekt soll, zusätzlich zu der bereits bestehenden Entnahme von Trinkwasser aus dem Bodensee in das Neckargebiet, durch dauernde Ableitung von 25 m³/sec Bodenseewasser das infolge kurzsichtiger

Übernutzung (Schiffbarmachung und Industrieablagerungen) hoffnungslos verschmutzte Neckarwasser saniert werden. Sollte die Abwehrreaktion der Bodensee- und aller einsichtiger Fluss- und Seeanwohner gegen eine derart unverantwortliche Abwertung eines der letzten noch einigermaßen sauberen Seen unserer Region als Umweltschutzfanatismus bezeichnet werden?

Die letzte, von Dr. Däniker den Umweltschutzkreisen angelastete Sünde, nämlich ihr angeblicher Kampf gegen die Banken und die Wirtschaft schlechthin, dürfte als Summe der Auswirkungen verstanden werden, die die oben genannten und zahlreiche weitere, von Dr. Däniker übersehene, aber nicht weniger wichtige Umweltschutz-Forderungen (wie Verbot der Schiffbarmachung des Hochrheins und der Aare, Entgiftung des Motorenbenzins von Blei, drastische Herabsetzung der Automobilgeschwindigkeiten inner- und ausserorts) unvermeidlicherweise für Industrie und Wirtschaft zur Folge haben müssen. Die meisten unserer Aktionen sind ja gerade infolge der überhitzten Konjunkturentwicklung nötig geworden. Und deshalb werden heute unsere Anliegen viel weniger durch bundesamtliche oder kantonale Zugeständnisse erfüllt, die selten genug in unserem Sinne ausfallen, als vielmehr durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Dass aber auch die Krise dazu benützt werden kann, die Bewilligung für ein bisher aus Naturschutzgründen nicht zugelassenes Industrieunternehmen zu erpressen, zeigt der Antrag der Portlandzementfabrik in Kleinkems auf Erweiterung des Kalksteinabbaus im Landschaftsschutzgebiet des Isteiner Klotzes. Nachdem die Leitung dieses Unternehmens, einer Beteiligungsgesellschaft der

Schweizer. Holderbank AG, anfangs dieses Jahres «infolge der katastrophalen Lage im Baugewerbe» rund einem Drittel der in Kleinkems eingestellten Arbeiter gekündigt hat, setzt sie nun die Landesregierung Baden-Württemberg unter Druck mit der Drohung, die eingestellte Herstellung von Klinkern nur dann wieder aufzunehmen, wenn der Kalksteinabbau auch in dem bisher aus Naturschutzgründen gesperrten Gelände südlich von Kems zugelassen werde. Wie reimt sich dieses Begehren, so wird sich hoffentlich auch die Landesregierung fragen, mit der «katastrophalen Lage im Baugewerbe»?

So betrachtet hat die von den Naturschutzkreisen angestrebte Bewah-

rung unserer Umwelt vor einer technischen Überbeanspruchung mit Fanatismus wenig zu tun. Sie erfordert von uns allen, nicht nur von der Wirtschaft, empfindliche Opfer und Abstriche von unseren gegenwärtigen Wohlstandsgewohnheiten. Vermutlich aber sind die im Interesse des Umweltschutzes geforderten Opfer, besonders wenn sie in einem früheren Zeitpunkt hätten erbracht werden können, viel kleiner als diejenigen, welche uns jetzt infolge der durch die vorhergehende Überkonjunktur unvermeidlich gewordenen Wirtschafts- und Baukrise abgezwungen werden könnten.

Karl Wieland